

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Donnerstag

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 26. Zweig-Geschäftsstellen in Dhrich (Otto Etienne), Marktstraße 9 und Ettellie (H. Fiedler), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße.
Verantwortlich: Dr. phil. Franz Gucke; für den redaktionellen Teil: Julius Etienne-Deffrich; für Geschäftsliches und den Anzeigen: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Nr. 288 — 1920

9
Dezember

Bezugspreis für das Vierteljahr 12.50 Mk., für den Monat 4.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 12.75 Mk., monatlich 4.75 Mk. ohne Postgeld; — Anzeigenpreis: 1 Mark für die achtspaltige Colonnezeitung, deren Raum, für ausw. Anzeigen 1.50 Mk., 8-spaltige 1.25 Mk., 6-spaltige 1.00 Mk., 4-spaltige 0.75 Mk., 3-spaltige 0.50 Mk., 2-spaltige 0.30 Mk., 1-spaltige 0.15 Mk. — Kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr. — Postfach: Konto: Nr. 1632 Frankfurt a. M. und Nr. 80,723 Köln a. Rh.

38. Jahrgang

Die Regierung und die Beamten

Griechenland

Athen, 8. Dez. (Draht.) Nach offiziellen Berichten wurden bei der Volksabstimmung ungefähr 800 000 Stimmen mehr abgegeben als für die legislative Wahl. Von dieser überschüssigen Zahl hätten nur 2 Prozent gegen die Rückkehr Konstantins gestimmt. In Thracien stimmte man mit geringen Ausnahmen für Konstantin. Die Garnison von Smyrna, 12 000 Offiziere und Soldaten, nahm an der Abstimmung teil. Nur 900 Stimmen wurden gegen die Rückkehr Konstantins abgegeben. In Saloniki überlegte die Zahl der Abstimmenden mit 29 000 bei weitem die Zahl der Wähler bei den legislativen Wahlen. In Makedonien wurden 11 000 Stimmen abgegeben, d. h. mehr als 12 000 über die Zahl der Stimmen bei den legislativen Wahlen. In den Provinzen haben 80 Prozent der Wahlberechtigten sich für den von der Partei proklamierten Wahlsieger bei der Abstimmung beteiligt und für den König gestimmt.

Die Wahlen in Griechenland haben ebenfalls mit einer Katastrophe für den bisherigen Ministerpräsidenten Venizelos geendet. Niemand konnte vorher diese Niederlage ahnen. Der Ministerpräsident selbst hatte mit großer Hoffnung den Wahlsieg erwartet. Er von seinen Freunden verlassen und von den Wählern besiegt wurde, besieg er mit seinem Stabe ein Schiff, um außerhalb Griechenlands den Wahlsieg abzuwarten, da für ihn und seine Partei die Kurie fehlte. Als Deutsche brauchen wir dem Ministerpräsidenten Venizelos keine Nachsicht zu zeigen. Er gehörte zu jenen europäischen Staatsmännern, die bei jeder Gelegenheit ihrer Abneigung gegen Deutschland Ausdruck gaben. Als sein Kampf gegen König Konstantin politischer oder persönlicher Art war, sei dahingestellt. Venizelos ist vielleicht der tapferste Demokrat des parlamentarischen Systems. Mit ihm ist es geworden, auf ihn hätte er sich, mit Zorn und nicht ohne Gefahr, verlassen können. So fiel er von Stufe zu Stufe, bis er schließlich König von Griechenland war. Jetzt ist er gestürzt. Wenn er das Land verläßt, so geht das nicht, um nun aus der Politik auszusteigen. Er muß seine Kräfte und wird zweifellos in gegebener Zeit wieder auf der Bildfläche erscheinen. Noch niederschmetternder für den ehemaligen Ministerpräsidenten ist die Abstimmung am letzten Sonntag. Da haben die griechischen Wähler sich beinahe einstimmig für die Rückkehr König Konstantins entschieden. In Erwartung dessen, was kam, proklamierte die Partei von Venizelos Wahlenthaltung. Trotzdem hat 800 000 Stimmen mehr abgegeben worden. Dieser ist von Bedeutung, daß 80 Prozent der Wähler von Venizelos zur Wahlurne gegangen sind und sich für König Konstantin ausgesprochen haben. Damit ist die politische Rolle des gestürzten Ministerpräsidenten auf griechischem Boden vorläufig erledigt. Denn mit der Rückkehr des Königs Konstantin zieht ein anderer Geist in die griechische Politik ein. Der König wird nur unter dem Zwang der Umstände bereit sein, die Mitarbeit der verlassenen Politiker jemals wieder anzunehmen. Freilich sind die Griechen ein wandlungsfähiges Volk. Vor Jahresfrist noch jubelten sie ihrem Staatsmann zu. Heute muß Venizelos ins Ausland fliehen, um sich vor seinen ehemaligen Freunden zu schützen. Selbstverständlich war also in der Vergangenheit wandelbar, sie wird auch fernerhin wandelbar bleiben. Und damit rechnet Venizelos, unter dem einflussreichen Männer stehen.

Wird König Konstantin die Regierung übernehmen können? Eine Zeitlang schien es, als ob die Entente seine Rückkehr wolle. Heute scheint man sich indes dem Willen des Volkes fügen zu wollen. Die Entente ist ungewiss, ob sie Konstantin unterstützen will. Man kann unmöglich den Willen des Volkes ignorieren, besonders in einer Zeit, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf dem Schild erhoben hat. Vielleicht hat man gegen König Konstantin würde angeht, der überläßt freiwillig verzichten. Aber das tut er nicht. Konstantin will sich dem Verlangen des Volkes fügen. Zweifellos ist heute der andere Teil der populäre Mann in Griechenland. Als während des Krieges obdankte und nach der Niederlage neben ihm, konnte man glauben, der Herr des Glückes sei für immer untergegangen. Das ist nicht so. In Wirklichkeit unterdrückte die ungeschickte Diktatur des Herrn Venizelos alle Hoffnungen. Besonders das Volk hat dem König unerschütterliche Treue gehalten. Wenn wir uns in Deutschland eine gewisse Gewissung über die Entwicklung erlauben, so sind wir doch weit entfernt davon, von dem griechischen Umsturz irgend etwas zu erhoffen. König Konstantin kann nicht das Wahrschild mittern, das Deutschland betroffen hat. Ob er das will, steht noch sehr dahin. Es muß aber sein, daß der König einem französischen Bevollmächtigten erklärte: Bismarck habe ich in der Entente angeboten, an ihrer Seite in den Krieg einzutreten, die Entente aber hat die Rote meiner Regierung unbeantwortet gelassen. Wahrscheinlich wird man für die Zukunft Rücksicht nehmen, was es mit dieser Aussprache

auf sich hat. Jedenfalls wäre es töricht von uns, Griechenland zu unseren Freunden zu zählen. Dieses Volk ist auf die Entente angewiesen und wird infolgedessen auch immer die Entente bedrücken. Dem Großen und Mächtigen laufen die Kleinen nach, während der Arme und Geislagene bei jeder Gelegenheit im Stich gelassen wird. Das ist nun einmal so in der politischen Welt. Nicht aus innerer Zuneigung haben sich während des Krieges die Türkei und Bulgarien dem Mittelmächtigen angeschlossen. Die innere Zuneigung fehlte auch vielfach bei jenen Nationen, welche die Partei der Entente ergriffen. Das nächste und kalte Belegstück, woran den Krieg gewinnen würde, entfiel.

Zunächst ist der politische Umschwung in Griechenland sehr wichtig. Er fällt zusammen mit dem Aufbruch der Argentinien aus dem Völkerbund. Die Welt, die sich während des Krieges über die Welt gelegt haben, zerfällt allmählich. Man kommt zu der Auffassung, daß die Völker eine große Familie darstellen. In Griechenland mögen bei sehr vielen innerpolitischen Gründen mitgeteilt haben, wenn sie gegen Venizelos stimmten. Aber bei vielen sind auch außenpolitische Gründe gewesen. Deutschland hat noch nicht alle Sympathien in der Welt verloren. Vielleicht sind sie größer, als wir heute ahnen. Aber sie konnten sich bisher nicht durchsetzen. Das wird hoffentlich bald anders werden. Sowohl die Vorgänge in Griechenland als auch die Haltung Argentinien sind geeignet, eine gerechtere Würdigung Deutschlands die Bahn frei zu machen. Es ist nicht leicht, das aus den Köpfen herauszubringen, was bisher hindurch als unumstößliche Wahrheit galt. Da müssen wir uns mit Geduld wappnen. Der Umschwung in Griechenland ist insofern für uns von Bedeutung, als er zeigt, daß sich langsam eine uns günstigere Auffassung durchsetzt.

Die Beamtenforderungen

Berlin, 8. Dez. Die im Reichstage geführten interfraktionellen Verhandlungen über die Forderungen der Beamten haben bis zum letzten Abend zu keinem positiven Ergebnis geführt. Wie man weiß, schlägt der Staatspräsident nur eine Erhöhung des Gehalts um 10 Prozent vor. Die Beamten fordern eine Erhöhung um 20 Prozent. Die Sozialdemokraten ebenfalls eine Erhöhung um 20 Prozent für Grundbesitzer bis zu 100 000 M.; schließlich haben auch die Reichsanbahnbeamten einen Antrag eingebracht, nach dem sie die Gehaltszulage allgemein auf 10 000 M. erhöhen und die Alterszulage einheitlich neu geregelt wissen wollen. Die Reichsregierung selbst hat sich neuerdings wieder bestimmt dahin erklärt, daß sie über ihre vom Staatspräsidenten bereits erlassene Vorlage hinaus keine weitere Zugeständnisse machen könne und die Verantwortung für weitere Beschlüsse des Reichstages ablehnen müsse. Die Vertreter des Reichstages des Reichsanbahnbeamten und der dazu gehörigen Abänderungsanträge steht morgen an erster Stelle auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung.

Die Lage in Essen
Essen, 8. Dez. Der Beamtenrat der Eisenbahndirektion Essen, bestehend aus etwa sieben Vertretern von rund 3000 Beamten, hat gestern und heute im Direktionsgebäude in Essen Verhandlungen mit dem Präsidenten. Die Beamten erklärten, daß sie, um den Dienst in gewohnter Weise fortführen zu können, einen Vorstoß von 500 M. für Besoldung und von 1000 M. für Beihilfen beantragten. Der Präsident, der zunächst Anträge ablehnte, erklärte sich nach einer Reihe von Verhandlungen bereit, den verheirateten Beamten einen Zuschuß von 200 M. auf das erhöhte Kindergeld auszusprechen zu lassen; darüber hinaus habe er jedoch keine Befugnisse. Die Verhandlungen wurden hierauf als erledigt abgebrochen. Aufsehend an den Verhandlungen teilnahm der Beamtenrat an den Reichsanbahnbeamten und an den Reichsanbahnbeamten. In dem es heißt, daß von der Eisenbahndirektion gemacht wurde, als wenn das verheiratete Personal des Reichstages sei infolge von Ernährungschwierigkeiten gefährdet und der Beamtenrat seine Verantwortung für die Verhältnisse übernehme.

Beamte und Arbeiter
Köln, 9. Dez. In der „K. B.“ schreibt ein Beamter u. a. folgendes: Bei einer größeren Eisenbahnstationen wurde kürzlich für einen Monat beim Lohnzeitraum (oder beim Aufschub) an folgende unverheiratete Beamtinnen ausbezahlt: einem Rottenarbeiter 1042 M., einem Bahnmeister dagegen nur 947 M., einem Stationsarbeiter 922 M., einem Bahnpostkoffer nur 953 M., einem Schlosser 1853 M., einem Werkmeister dagegen nur 947 M., einem Werkführer nur 826 M., einem Lokomotivführer nur 800 M., einem Lokomotivführer nur 788 M. Das klingt ungläublich, ist aber wahr. Ebenso wahr, aber noch viel unglaublicher ist, daß der zuständige Referent des Finanzministeriums, wie sich bei Verhandlungen mit Beamtenvertretern in Berlin am 19. v. M. zeigte, von diesen Dingen absolut keine Kenntnis hatte.

Unsere Sachverständigen

Berlin, 8. Dez. Die veranlaßt, werden als sachverständige Delegierte der deutschen Regierung bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage in Brüssel die Herren Staatssekretäre Bergmann und Karl Friedl. v. Sienens teilnehmen. Die Reichsregierung hat weiter an folgende Persönlichkeiten die Aufforderung ergangen lassen, sich zur Beratung der Delegierten für die Dauer der Konferenz nach Brüssel zu begeben: Generaldirektor Cuno, Generaldirektor Bögl, Reichsanbahnpräsidenten Davenheim, Dr. Karl Meißner, Direktor v. Sienens, den bayerischen Staatsrat v. Meißner, den Geh. Oberregierungsrat v. Klotzow, Prof. Gonn sowie einen Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Das preußische Landesenergiegesetz

Berlin, 8. Dez. Im Hauptamt des Landesenergiegesetzes veranlaßt Finanzminister Lohmann erneut die Auslegung der Verhandlungen über das Landesenergiegesetz. Er berief sich dabei auf einen neuen Kabinettsbeschluss. Es sei erforderlich, daß das Grundenergiegesetz und das Ausführungsgesetz zum Landesenergiegesetz gemeinsam beraten würden. Die Reichsregierung unterliegen die Delegierten des Finanzministeriums. Das Zentrum und die Demokraten sprachen sich dagegen aus. Es wurde beschlossen, die Beratungen fortzusetzen. Darauf erklärten die Reichssozialisten, sie würden an den Beratungen nicht mehr teilnehmen. Der Gesamtstand der materiellen Ausarbeitung bilden die Anträge von Riez (deutschl.), Riez (dem.) und Riez (fr.), die anstelle des Regierungsentwurfs eine anderweitige gesetzliche Regelung vorschlagen.

Der Reichstag und die Kaiserin

Berlin, 8. Dez. Der Vorkommnis des Reichstages hat sich gestern, wie die „Dema“ aus parlamentarischen Kreisen erzählt, mit der Frage beschäftigt, ob bei einem Abbleiben der Kaiserin der Reichstag eine Tempelveränderung veranlassen soll. Man ging dabei von der Überzeugung aus, daß es sich hier um eine rein menschliche aber keine politische Angelegenheit handelte. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktionen ließen erkennen, daß sie sich an einer solchen Demonstration nicht beteiligen, für welche fröhlichen Märsche. Die Unabhängigkeit der Reichstag wird wahrscheinlich im Plenum mit Protest gegen diese Kundgebung antworten. Endgültige Beschlüsse stehen jedoch noch aus.

Das Beistehen der Kaiserin

Amsterdam, 8. Dez. Der Schwäbischer Land der vorläufigen deutschen Kaiserin, die in den letzten Tagen nur noch fähigst ernannt worden ist, nimmt daran, daß die Kaiserin jede Hoffnung auf Besserung aufgeben haben und mit dem Abbleiben jede Stunde gerechnet wird. Nach einer solchen eingetragenen Meldung aus Doorn liegt die Kaiserin bereits im Sterben.

Die Markwährung

Die Mark steigt
Köln, 8. Dez. Der Umstand, daß die letzten Vormittag einsetzende starke Steigerung der ausländischen Devisen bei den späteren amtlichen Kursfeststellungen nur noch hier und da zum Ausdruck kam, deutete bereits auf einen abnormen Anstieg der Mark in Paris zum Ausdruck kam. Heute ist die Mark allenthalben wieder abgefallen. In Zürich um 6.20 (8.55); dagegen trat auch heute noch in Stockholm ein weiterer Rückgang ein (6.35), um 6.55. Paris notierte die Mark zu Beginn um 1/2 Centime höher als beim gestrigen Schluss, nämlich mit 22 1/2, und die Schlussnotierung zeigte ein weiteres Ansteigen um 1/2 Centime (22 3/4). In Amsterdam hob sich die Mark von 37 1/2 auf 41 1/2. In Berlin wurde die gestrige teilweise Erhöhung der inländischen Zahlungsmittel mehr als ausgleichend, während die bei den letzten Devisen der Befestigung der Mark in beträchtlichen Abwärtsschritten übertrug. Amsterdam 91 Punkte niedriger (275), Brüssel 4 (402 1/2), Stockholm 40 (142 1/2), London 7 1/2 (255), New York 113 (74 1/2), Paris 5 (427 1/2) und Schweiz 15 Punkte (112 1/2) niedriger.

Stegerwald und das Zentrum

Münster, 8. Dez. Der Führer der Zentrumsfraktion des Reichstages, Trimborn, äußerte sich hier in einer Zentrumsvorlesung über die parteipolitische Propaganda Stegerwalds. Er erklärte: Wir sind entschlossen, wie bisher, mit der christlich und nationalen gesonnenen Arbeiterkraft auf politischem Gebiet zusammenzuarbeiten. Wir legen größten Wert darauf, neben den anderen Volksschichten auch die Arbeiterkraft in möglichst großer Zahl in unseren Reihen zu haben. Dagegen lehnen wir es aber mit aller Entschiedenheit ab, uns in eine reine Arbeiterpartei umzuwandeln. Wir wollen bleiben, was wir waren, eine, alle Klassen umfassende, christlich-nationale Volkspartei. Die gewalttätige Umwälzung, die der Arbeiter auf allen Gebieten hervorgerufen hat, hat auch in unseren Reihen das dringende Bedürfnis nach einer programmatischen Neuorientierung der Partei wachgerufen. Die kurz vor den Wahlen zur Nationalversammlung im Dezember 1918 ausgesprochenen Richtlinien erwiesen sich sehr bald als überholt und erledigt. Deshalb hat der erste Reichsparteitag Januar 1920, also lange vor dem Gewerkschaftskongress, die Aufstellung neuer programmatischer Richtlinien beschlossen. Jetzt ist eine Kommission, der auch Herr Stegerwald angehört, mit ihrer Ausarbeitung beschäftigt. Ich glaube, wir können, daß die neuen Richtlinien den Gedankengängen des Herrn Stegerwald und den Wünschen der christlich-nationalen Arbeiterkraft in weitem Umfange Rechnung tragen werden.

Die Skagerraktschlacht

Admiral Scheer Geheimbericht

Berlin, 8. Dez. Der Presse wurde der amtliche Geheimbericht des Admirals Scheer vom 4. Juli 1916 über die Skagerraktschlacht zur Verfügung gestellt. Das Material soll dazu dienen, der deutschen Presse einen sachlichen Vergleich zu ermöglichen, wenn, wie zu erwarten steht, in England auf Grund der öffentlichen Meinung in nächster Zeit eine Veröffentlichung der Dokumente über diese vielumstrittene Schlacht stattfindet, die einen einwandfreien materiellen und moralischen Sieg der deutschen Flotte darstellt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hebt aus dem umfangreichen Bericht u. a. folgendes hervor:

Die auf Veranlassung des Admirals Scheer erfolgte Aufgabe des eingeschränkten U-Boot-Krieges geschah im Mai 1916 die Mitwirkung aller fahrbereiten U-Boote. Für den Ende Mai geplanten Vorstoß waren zwei Unternehmungen vorbereitet, die eine in nordwestlicher Richtung gegen die englische Küste, die andere nach Norden in das Skagerrak hinein. Für letztere war eine gute Aufklärung notwendig, die jedoch wegen des schlechten Wetters nicht stattfinden konnte. Aus diesem Grunde wählte man den Vorstoß nach Norden.

Besonders interessant sind ferner die Schlussfolgerungen, die der Admiral Scheer aus der Schlacht zieht. Er sagt: Der errungene Erfolg ist der angriffsfähigen selbstbewussten Führung durch die Unterführung und dem vorrückenden Geist der Besatzungen und ihrer Stellung zu danken. Er ist nur möglich gewesen dank der Güte unserer Schiffe und ihrer Waffen, dank der selbstbewussten Friedenssicherung und der gewissenhaften Einzelkämpfer-Ausbildung. Die Schlacht hat bewiesen, daß wir uns in dem Ausbau unserer Flotte und der Entwicklung der einzelnen Schiffstypen von richtigen strategischen und taktischen Anschauungen haben leiten lassen. Den Ausschlag hat die weittragende schwere Artillerie der Großkampfschiffe gegeben. Das Großkampfschiff ist und bleibt deshalb der Grundpfeiler der Seemacht.

Ueber die weitere Kriegsführung wird gesagt: Bei günstigem Verlauf der späteren Operationen wird der Gegner zwar empfindlich geschädigt werden können. Trotzdem kann kein Zweifel bestehen, daß selbst der schärfste Ausgans einer Doppelschlacht England in diesem Kriege nicht zum Verleiden zwingen wird. Die Nachteile unserer militär-geographischen Lage und die große materielle Übermacht des Feindes werden durch die Flotte nicht in dem Maße ausgleichen werden können, daß wir der Flotte Herr werden, auch nicht, wenn die U-Boote für militärische Zwecke voll verkehrsfähig sind. Ein entscheidendes Ende des Krieges in absehbarer Zeit kann nur durch Niederlegen des englischen Wirtschaftslbens erreicht werden, also durch Ansehen der U-Boote gegen den englischen Handel. Hieran lagende absehbare Form zu wählen, muß ich mir vorbehalten. Ich dringende abwarten, auch wenn es trotz größter Gewissenhaftigkeit der Kommandanten nicht möglich ist, in einzelnen Gefechten Ausfälle zu vermeiden, die uns zu einem demütigen Nachgeben zwingen, wenn wir nicht mit voller Schärfe durchhalten können.

Bedung des Wohnungsbaues

Berlin, 8. Dez. Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Den Gemeindebehörden wurde bisher auf Antrag regelmäßig das Recht erteilt, auch Räume in Neubauten zur Unterbringung Wohnungslosender zu beschlagnahmen. Nach den gemachten Erfahrungen wirkte dieses Befugnis vielfach hemmend auf den Anreiz zur Herstellung neuer Wohnungen. Der Reichsarbeitsminister reichte daher bei den Landesregierungen an, anzuordnen, daß die auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes erlassenen Anordnungen auf Räume in Neubauten keine Anwendung finden sollen. Die Räume in Neubauten werden hiernach der Beschlagnahme nicht unterliegen.

Hond George der Monarch

London, 8. Dez. Wie die Mäntel melden, erklärte Lord George auf dem gestrigen Guildhall-Gespräch zu Ehren des Prinzen von Wales, die republikanische Staatsform möge für einige Nationen auf sein, jedoch nicht für das britische Reich. Kein Präsident hätte für das britische Reich das leisten können, was der König für das Reich getan habe: kein Sohn eines Präsidenten würde eine Stellung haben, die ihn in die Lage setze, das zu vollbringen, was vom britischen Thronerben auszubringen wurde sei.

Kemper-Buchdruckerstreik

Düsseldorf, 8. Dez. Der am 19. November er ausgetretene Buchdruckerstreik dauert fort. Die Gebrüder befehlen auf ihrer anvertrauten Forderung von 100 M. während die Arbeitgeber an den in Berlin und Köln vereinbarten neuen Tarifverträgen festhalten. Die Arbeiterkraft sucht, die von den Buchdruckerstreikern seit Beginn des Jahres an der Düsseldorf-Verwaltung am 1. Oktober in Düsseldorf herausgegebenen Mitteilung am 1. Oktober in Düsseldorf zu verbinden. Der Streik der Düsseldorf-Verwaltung, in dem die Zeitung dergeht wird, ist täglich von einer Menge auswärtsiger Arbeiter belagert. Polizeimannschaften halten das Gebäude zum Schutz der arbeitenden Buchdruckerstreikern gegen Gewalttaten bereit.

Viktor Kopp kauft deutsche Anleihe an?

Paris, 8. Dez. Wie das „Journal“ aus Berlin meldet, hat Viktor Kopp sechs deutsche Anleihe für Russland verkauft. Die Beträge sind für die Dauer von fünf Jahren angesetzt. Die Anleihe erhalten monatlich 2000 Goldmark, außerdem in Gold zahlbare Raten und Lebensmittel. Ihre Familien erhalten je 100 000 M. ausbezahlt.

Schadenfeuer

Berlin, 8. Dez. Die Nacht-Abgas-Elektromotorenwerke in Weiden sind im Laufe des Vormittags fast vollständig ausgebrannt. Der Schaden ist sehr bedeutend. Die Aufräumarbeiten werden mehrere Tage dauern.

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. The right edge of the page is slightly curved, indicating it is part of a bound volume. There is no text or other markings on the page.